

Übersichten

Juni 1997

Außenpolitik

1 Li Ruihuan, die Nr.4 der chinesischen Führung, auf Deutschlandreise

Vom 26. Mai bis 11. Juni begab sich der Vorsitzende der „Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes“, Li Ruihuan, auf Europareise, die ihn zuerst nach Portugal und Griechenland und zum Abschluß nach Deutschland führte.

Li ist (hinter Jiang Zemin, Li Peng und Qiao Shi) die Nr.4 in der chinesischen Führung, gehört seit 1989 dem Ständigen Ausschuß des Politbüros an, war von 1981 bis 1987 Bürgermeister der Großstadt Tianjin und gehört zum engeren Kandidatenkreis für die Nachfolge im Ministerpräsidentenamt, das Li Peng noch 1997 abgeben muß.

Li ist bei der Bevölkerung populär: 1959 hat er zum ersten Mal als Leiter einer Stoßbrigade beim Aufbau der Beijinger „Großen Halle des Volkes“ die Aufmerksamkeit der Führung auf sich gezogen, weil er zwei Eigenschaften miteinander verband, die ihn als Mitglied der KPCh wertvoll erscheinen ließen, nämlich sein Arbeiterhintergrund (er ist gelernter Schreiner) und seine Organisationsfähigkeit.

Beide Eigenschaften kamen ihm erneut zugute, als er nach dem Tode Mao Zedongs im April 1977 zum Ge-

neraldirektor des Aufbaus der „Mao-Zedong-Gedenkhalle“ in Beijing ernannt wurde. Auch sonst kann Li viele in der Volksmeinung schätzenswerte Eigenschaften vorweisen: Er hat z.B. keine Militärkarriere durchlaufen und hat auch, anders als beispielsweise Qiao Shi, niemals im Geheimdienst mitgewirkt.

Li hat eine zupackende und ungezwungene Art des Umgangs mit den Menschen. Nicht zuletzt diese Eigenschaft ließ ihn als Vorsitzenden des Konsultativausschusses geeignet erscheinen, der ja eine Dachorganisation für sämtliche Organisationen der Volksrepublik China, einschließlich der Kommunistischen Partei, ist und der deshalb ein wichtigstes Gesprächsforum sowie einen Verknüpfungspunkt für persönliche Beziehungen abgibt, auch wenn dieses Gremium ansonsten im Machtspiel keine direkt entscheidende Rolle spielt.

Während Li Peng weltweit unter dem Ruf leidet, zu einem der Scharfmacher bei der Niederschlagung der Studentendemonstrationen von 1989 gehört zu haben, gehört Li Ruihuan zu jenen Politikern, die für ein behutsames Vorgehen gegen die Jugendlichen plädiert haben. Als Angehöriger der chinesischen Führung ist er freilich verpflichtet, die offizielle Meinung nach außen hin zu vertreten und kann sich insofern nicht völlig vom „4. Juni“ distanzieren!

In Deutschland wußten die Gesprächspartner aber auf alle Fälle, wo sie den „Liberalen“ Li einzuordnen hatten. In der Tat wurde er überall mit offenen Armen empfangen - und er erledigte sein stattliches Programm mit Bravour. Überdies war er der ranghöchste chinesische Politiker, der seit den Verstimmungen über die Tibet-Resolution des Bundestages Deutschland besuchte.

Li traf zunächst in München ein, wo er u.a. an der Eröffnung des Generalkonsulats am 7. Juni teilnahm (XNA, 9.6.97), reiste anschließend nach Berlin und Brandenburg und beschloß seine Visite in Bonn, wo er mit Außenminister Kinkel, mit Bundeskanzler Kohl, mit Bundespräsident Herzog und mit Bundestagspräsidentin Süßmuth zusammenkam.

Immer wieder betonte Li bei seiner Reise, daß er die „dritte Generation der Führung im ZK der KPCh“ repräsentiere, dessen Hauptführer Jiang Zemin sei und daß er sich den „Theorien Deng Xiaopings“ verpflichtet fühle. Der heutigen Führung lägen vor allem drei Dinge am Herzen, nämlich (1) das Festhalten an der Dengschen Theorie über den Ausbau des Sozialismus mit chinesischen Kennzeichen, (2) die Aufrechterhaltung der sozialen Stabilität und Ordnung sowie (3) die Lösung der schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme in möglichst kurzer Zeit (XNA, 14.6.97). Li betonte mehrere Male, daß „China keine Gefahr“ sei und daß Hongkong ohne Probleme an die VR China übergehe.

In Berlin traf Li mit dem Regierenden Bürgermeister Diepgen und in Potsdam mit Ministerpräsident Stolpe zusammen. U.a. besuchte er auch die Firma Adtranz GmbH, die mit ihren Waggons das U-Bahn-Projekt in Guangzhou beliefert (XNA, 10.6.97).

Während Li von den Vertretern der CDU und CSU freundlich aufgenommen wurde, stieß er bei SPD und den Bundesgrünen auf Mißtrauen. Vor allem die Hongkong-Politik der Volksrepublik China wurde kritisch kommentiert (DDP in SWB, 13.6.97).

Die chinesische Seite würdigte den Besuch Lis als vollen Erfolg: man wolle die deutsch-chinesischen Beziehungen künftig noch stärker ausbauen, hieß es. -we-

2 China/USA: Notorische Handelsbilanzüberschüsse, WTO- und MFN-Fragen

Nach wie vor ist die Stimmung der USA gegenüber China schlecht - und zwar weniger, wie häufig unterstellt, wegen politischer als vielmehr wegen wirtschaftlicher Fragen. Vor allem nimmt das amerikanische Handelsbilanzdefizit gegenüber China immer schwindelerregendere Ausmaße an. Allein im April 1997 beispielsweise belief sich das Defizit der USA im Handel mit China auf 3,45 Mrd. US\$, während es im März noch bei 2,58 Mrd. gelegen hatte. Im ersten Vierteljahr des Jahres 1997 lag es 40,9% höher als in der gleichen Periode des Jahres 1996. Alles spricht

dafür, daß das von den USA 1996 gegenüber China entstandene Minus von 39,5 Mrd. US\$ im Jahre 1997 noch ein weiteres Mal übertroffen wird. Haben sich die amerikanischen Importe aus China doch im ersten Vierteljahr 1997 verdreifacht, während die amerikanischen Exporte im gleichen Zeitraum lediglich um 1% zunahmen und im April nur 1 Mrd. US\$ ausmachten, im Vergleich zu 999 Mio. im März '97. Amerikanische Hauptimportgüter waren Spielzeuge, Spiele, elektrische Kleinartikel und Schuhe, amerikanische Hauptexportprodukte vor allem Flugzeuge und Chemikalien.

Die amerikanische Seite macht für das wachsende Defizit weniger die unzureichende amerikanische Angebotspalette als vielmehr die Restriktionspolitik Chinas verantwortlich: Immer noch gebe es zahlreiche nichttarifäre Schranken, hohe Zölle, enge Importquoten und eine mehr als restriktive Importlizenzierung.

Nach amerikanischen Beobachtungen werden ausländische Güter in China durchschnittlich mit 23% Zöllen belastet.

Amerikanische Exporte nach China machten 1996 nur 12 Mrd. US\$ aus - also lediglich 2% aller US-Ausfuhren (SCMP, 20.6.97).

Die aus US-Sicht allzu restriktive Politik der Volksrepublik China wirft zwei große Fragen auf, nämlich nach der WTO-Fähigkeit sowie der MFN-Würdigkeit der VR China:

- Was den Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation WTO anbelangt, so plädieren inzwischen Haupthandelspartner der Volksrepublik wie Japan und Deutschland für eine WTO-Mitgliedschaft der VRCh, während die USA nach wie vor dagegen sind: ein Standpunkt, der unter den Gesichtspunkten der US-Handelsbilanz verständlich erscheint!

- Eine andere Frage, die mit der WTO-Mitgliedschaft in engem Zusammenhang steht, ist das Problem, ob China in den Genuß der Meistbegünstigungsklausel (MFN: Most Favoured Nation) kommen solle. Meistbegünstigung heißt, daß China dieselben Privilegien automatisch ein-

geräumt erhält, die auch anderen Handelspartnern der USA zukommen. Wäre China bereits WTO-Mitglied, so käme es automatisch in den Genuß der MFN. Solange dies freilich nicht der Fall ist, muß der amerikanische Kongreß jedes Jahr neu über die Frage abstimmen. Auch 1997 gab es im Vorfeld dieser Abstimmung wieder einmal das seit Jahren bekannte Gerangel. Am 25. Juni aber votierte das Repräsentantenhaus mit einer sicheren Mehrheit von 259 zu 173 Stimmen für die Verlängerung der Meistbegünstigung an China. Im Vorjahr war die Mehrheit mit 286 zu 141 noch etwas deutlicher gewesen; die Koalition der Gegner, die sich aus liberalen Demokraten, konservativen Republikanern, der christlichen Rechten und den amerikanischen Gewerkschaften zusammensetzte, hat seitdem also 32 Stimmen mehr auf ihre Seite ziehen können.

Das Abstimmungsergebnis wurde nicht nur von Seiten der Chinesen begrüßt (XNA in SWB, 28.6.97), sondern war zugleich auch ein Sieg für die Clinton-Administration, die seit Beginn ihrer zweiten Amtsperiode eine Politik des „umfassenden Engagements“ (*quanmian jiechu*) eingeschlagen - und dafür übrigens auch die Zustimmung der G8 beim Gipfeltreffen in Denver erhalten hat. Allerdings hatten die Staats- und Regierungschefs der sieben führenden westlichen Industrienationen und Rußlands die VR China davor gewarnt, Hongkongs freiheitliches politisches und wirtschaftliches System einzuschränken.

Die amerikanische Regierung geht davon aus, daß es nicht klug sei, Beijing die Meistbegünstigung zu verweigern und damit die Möglichkeit zu gefährden, mit China eine Partnerschaft im Hinblick auf das 21. Jh. einzugehen.

Der Vorgang hat gezeigt, daß in Amerika, allen fundamentalistischen Einwendungen zuwider, am Ende doch immer die praktische Vernunft siegt. -we-

3 Erfolge und Fehlschläge in Afrika

Daß das diplomatische Tauziehen zwischen Beijing und Taipeh in Afrika noch lange nicht entschieden ist, haben in den letzten Monaten die Fälle Sao Tomé, Niger und Südafrika bewie-

sen. Verstärkter diplomatischer Einsatz Beijings ist gefragt. Ganz in diesem Sinne hat Ministerpräsident Li Peng im Mai eine jener großen Afrika-Safaris durchgeführt, wie sie seit Zhou Enlai Brauch geworden sind.

Während Hongkong zum Mutterland zurückgekehrt ist, scheint Taiwan noch lange auf sich warten zu lassen. Wie weit der Weg zu einer Wiedervereinigung noch ist, wird nicht zuletzt in Afrika deutlich. Die VR China hat den Kampf um Anerkennung als einzige Repräsentantin Chinas bisher zwar in Asien, Europa und Nordamerika, dagegen nicht in Lateinamerika und schon gar nicht auf dem Schwarzen Kontinent für sich entscheiden können.

Wie schwierig es ist, Taiwan hier von der Bildfläche zu verdrängen, machen drei Meldungen deutlich, die im Mai und im Juni durch die Presse gingen:

- Sao Tomé und Principe

Am 7. Mai gab die Regierung von Sao Tomé und Principe bekannt, daß sie vom 7. Mai an volle diplomatische Beziehungen mit Taiwan aufnehmen wolle. Taipeh hatte Sao Tomé und Principe offensichtlich mit dem verlockenden Angebot ködern können, 30 Mio. US\$ als Entwicklungshilfe zu gewähren.

Die VRCh reagierte prompt, stellte ihre diplomatischen Beziehungen zu dem westafrikanischen Staat ein und gab überdies bekannt, daß auch alle Entwicklungshilfeleistungen auf der Stelle gestoppt seien (SCMP, 27.5.97).

- Niger: Eine Art Tennisball im diplomatischen Spiel

Im Gegenzug hatte jedoch auch die VR China wieder einen Pluspunkt verbuchen können, und zwar im August 1996, als der zentralafrikanische Staat Niger die Beziehungen zu Taipeh aufkündigte und zu Beijing überschwenkte. Wie wenig dieser „Sieg“ allerdings bedeutet, zeigen die Erfahrungen der Vergangenheit, die Niger als Tennisball erscheinen lassen, der zwischen RCh und VRCh hin- und herspringt. Ursprünglich hatte das afrikanische Land Taiwan anerkannt, war dann allerdings 1974 zur VR China „übergelaufen“, hatte 1992 erneut die Fronten gewechselt und wiederum mit Taiwan kooperiert, um dann im August 1996 wieder einmal in Beijing an die Tür zu klopfen: Im Mai 1997 besuchte der Staatspräsident von Niger die VR China (XNA, 28.5.97); ob dadurch erstmals Berechenbarkeit und Stetigkeit in die Chinapolitik des afri-

kanischen Staats gekommen ist, muß sich erst noch herausstellen.

- *Südafrika: Starker Einfluß des protaiwanischen Flügels in Pretoria*

Anfang Juni reiste der Stellvertretende Außenminister Südafrikas nach Taiwan, um dort in die dritte Verhandlungsrunde über die Gestaltung der weiteren Beziehungen zwischen Südafrika und der Republik China einzutreten. Der südafrikanische Präsident Nelson Mandela hatte bekanntlich im November 1996 bekanntgegeben, daß Südafrika künftig mit der VR China diplomatische Beziehungen aufnehmen wolle und daß die Beziehungen mit Taiwan bis Ende Dezember 1997 abgebrochen würden (näheres dazu C.a., 1997/1, Ü 5).

Sowohl für Taiwan als auch für Südafrika hatte dieser Schritt einen bitteren Beigeschmack: mit Südafrika nämlich hatte Taiwan seinen wichtigsten Bezugspartner im Bereich der Außenpolitik verloren, nachdem vorher schon Südkorea und Saudi-Arabien abgesprungen waren. Beide Staaten hatten miteinander seit dem 28.4.1976 diplomatische Beziehungen unterhalten. So glänzend hatten die gegenseitigen Beziehungen funktioniert, daß Südafrika auch nach der großen innenpolitischen Wende (weg von der Apartheid) und nach der Wahl Mandelas zum Staatspräsidenten nicht die geringste Lust verspürte, seine Beziehungen zu Taiwan abzubrechen. Immer wieder hatte die Südafrikanische Republik versucht, zu *beiden* chinesischen Staaten gleichwertige Beziehungen aufzunehmen. Der ständige Druck Beijings allerdings veranlaßte Pretoria am Ende, von dieser Doppelerkennungspolitik dann doch Abstand zu nehmen und seufzend den Weg in Richtung Beijing anzutreten.

Innenpolitisch allerdings ist Südafrika hier mit sich selbst nie ins reine gekommen. Eine breite protaiwanische Fraktion drängte vielmehr darauf, Sonderbeziehungen zu Taiwan weiterhin aufrechtzuerhalten. So kam es, daß mit Taibei immer neue Gesprächsrunden aufgenommen wurden.

Unter anderem will Südafrika dem taiwanischen Präsidenten Li Denghui erlauben, Südafrika zu besuchen; Pretoria eröffnet hier also eine Rechnung, die schon beim Besuch Li Denghuis in den USA Anfang 1996 nicht so recht aufging.

Darüber hinaus soll den Bürgern Taiwans ein visafreier Zugang nach

Südafrika gewährt werden und außerdem soll die taiwanische Vertretung in Südafrika einen „hohen Status“ beibehalten.

Der Einfluß des taiwanfreundlichen Flügels in Pretoria ist nicht zuletzt auch deshalb so stark, weil Taiwan in Südafrika rund 300 Unternehmen betreibt und weil Taibei überdies damit gedroht hat, es werde „aus technischen Gründen“ eine Reihe von Hilfsprojekten einstellen. Außerdem haben einige taiwanische Firmen damit gedroht, sich aus dem Milliardenprojekt einer petrochemischen Fabrik nahe Kapstadt zurückzuziehen (SCMP, 18.5. und 4.6.97).

Einsatz von schwerem diplomatischem Geschütz

Die VR China ist selbstkritisch genug, um sich der Problematik ihrer Afrikapolitik voll bewußt zu sein. Sie scheut deshalb keine Mühe, sich auf dem schwarzen Kontinent noch stärker zur Geltung zu bringen und fährt daher immer wieder schweres diplomatisches Geschütz auf:

In den vergangenen 30 Jahren haben drei chinesische Präsidenten und drei Ministerpräsidenten rund 30 afrikanische Staaten bei zehn Anlässen besucht. Zu den wichtigsten Touren dieser Art gehörte Zhou Enlais Zehn-Nationen-Safari, die von Dezember 1963 bis Januar 1964 dauerte, und Jiang Zemins Sechs-Länder-Tour im Jahre 1996. Was die Afrikaner anbelangt, so haben mehr als 100 Staats- und Regierungsoberhäupter aus nahezu 50 Nationen die VR China insgesamt rund 200mal besucht.

Auf der gleichen Linie hatten sich die Fünf-Länder-Reise des chinesischen Außenministers Qian Qichen im Januar (dazu C.a., 1996/1, Ü 4.) und die oben bereits erwähnte Sechs-Länder-Reise des Staatspräsidenten Jiang Zemin im Mai (durch Ägypten, Äthiopien, Kenia, Mali, Namibia und Simbabwe) bewegt (dazu C.a., 1996/5, Ü 3).

Zwischen dem 3. und dem 14. Mai 1997 besuchte nun Ministerpräsident Li Peng nicht weniger als sieben afrikanische Nationen, nämlich Zambia, Mozambique, Gabun, Kamerun, Nigeria, Tanzania und die Seychellen. Während dieser Reise sprach er eine weite Themenpalette an, unterzeichnete mehr als 20 Kooperationsvereinbarungen und kam auch immer wieder auf die Taiwanfrage zu sprechen (XNA, 17.5.97). Im besten chinesischen Stil ging es dabei immer wieder

um die Herstellung persönlicher Beziehungen zu führenden afrikanischen Politikern.

Offiziell war es Ziel all dieser Reisen, die Gemeinsamkeiten in der Vergangenheit, in der Gegenwart und auch in Zukunft hervorzuheben, unausgesprochen ging es aber auch immer wieder um die alte Absicht, zum einen Taiwan zu isolieren und andererseits weitere Zustimmung für den Kurs der VRCh in der UNO und für den Beitritt Chinas zur WTO zu erwirken. „Gegenseitiges Verständnis, Vertrauensgewinn und Freundschaft zwischen den chinesischen und den afrikanischen Führern“ werden bei solchen Reisen immer wieder beschworen - auch diesmal von Li Peng (XNA, 4.5.97).

Ob das Staccato der Besuchstermine und das unruhige Springen von Land zu Land allerdings wirklich dazu führen kann, daß „gegenseitiges Vertrauen“ und vor allem gute persönliche Beziehungen aufgebaut werden, steht auf einem anderen Blatt.

Auch Wirtschaftsinteressen der Volksrepublik pflegen bei solchen Besuchen mit im Spiel zu sein, wenn auch eher am Rande. Zu Li Pengs Delegation gehörten deshalb u.a. die Minister für Eisenbahnwesen, für Außenwirtschaft, für Textilwesen und darüber hinaus hohe Repräsentanten des Planungs- und Wirtschaftsreformwesens (XNA, 4.5.97).

Die Reise begann beim „Inselparadies“ der Seychellen mit einem „Arbeitsbesuch“ und endete in Tanzania. Insgesamt handelte es sich um die vierte Afrikareise Li Pengs; in den diesmal besuchten Ländern war er allerdings zum ersten Mal.

Während Li Peng in Afrika weilte, stattete der Präsident der Elfenbeinküste seinerseits der VR China einen Besuch ab (XNA, 5.5.97) - ein weiteres Zeichen für die Dichte der Beziehungen Chinas mit Afrika.

Kleine Hilfen, große Worte

Angesichts des etwas diffusen Ziels der Herstellung eines „gegenseitigen Verständnisses“ pflegt bei Afrikabesuchen chinesischer Politik immer viel heiße Luft ins Spiel zu kommen - verbunden mit schönen Worten („lange gemeinsame Geschichte“, Wunsch nach „Freundschaft“) und mit Beschwörungen von Symbolen, z.B. guter Beziehungen zwischen dem „Großelefanten“ (Elfenbeinküste) und dem „Drachen“ (XNA in SWB,

6.5.97). Lediglich in Zambia und Tanzania haben in den vergangenen Jahren auch Beziehungen konkret materieller Art stattgefunden - man denke an das noch unter Mao Zedong begonnene und für China so teuer gewordene Tanzam-Projekt, d.h. die 1.900 km lange Eisenbahnlinie vom kupferreichen Zambia zum tanzanischen Hafen von Dar Es-Salaam.

Für den Weiterbetrieb der Tanzam-Eisenbahn stellte China auch beim Li Peng-Besuch weitere 50 Mio. Yuan (rd. 6 Mio. US\$) zur Verfügung, und zwar als zinsfreies Darlehen (XNA, 7.5.97).

„Wenn das 20. Jh. das Zeitalter der Befreiung für Afrika war, so steht das 21. Jh. im Zeichen der Entwicklung Afrikas“ (XNA, 16.5.97): Solche und ähnliche „große Worte“ fanden sich zur Fülle im Reisegepäck Li Pengs.

Immer wieder auch war von einem „neuen Kapitel in der chinesisch-afrikanischen Freundschaft“ die Rede (XNA, 16.5.97), wobei der Gast allerdings die Erklärung schuldig bleibt, worin diese angeblich „neue“ Qualität besteht.

Auch die Formel, daß China (und z.B. Nigeria) „gleiche oder ähnliche Ansichten über internationale Fragen“ hätten, gehörten zum Wortritual der Li Peng-Reise (XNA in SWB, 13.5.97).

Mehrmals bei seinem Afrika-Besuch kam Li Peng auf die Fünf-Punkte-Erklärung zurück, die Jiang Zemin im Mai 1996 abgegeben hatte und die folgende Vorschläge umfaßt: (1) ehrliche Freundschaft „durch dick und dünn“, (2) keine Einmischung in innere Angelegenheiten, (3) Entwicklung der Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Nutzens, vor allem im Bereich des Handels, (4) verstärkte Konsultationen im Bereich internationaler Angelegenheiten und (5) Durchsetzung der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz im Bereich der Politik und der Wirtschaft (dazu C.a., 1996/5, Ü 3; XNA, 16.5.97).

Zu den „großen Worten“, die Li Peng wiederholte, gehörten auch die „drei Vorschläge für die weitere Konsolidierung und Entwicklung der sinoafrikanischen Freundschaft und Zusammenarbeit in der neuen Situation“ des chinesischen Vizeministerpräsidenten Zhu Rongji vom 25.7.95. Die „drei Vorschläge“ lauten: „Ausdehnung der gegenseitigen Unterstützung bei der Schaffung einer weltweit günstigen

Atmosphäre für Friede und Stabilität, Verstärkung der freundschaftlichen Konsultationen, um dadurch eine bessere internationale Wirtschafts- und Handelsatmosphäre zu schaffen und Entwicklung einer allen Seiten nützlichen Zusammenarbeit bei der Entwicklung.

Auf diese „drei Vorschläge“ kam Li Peng während seiner Afrikareise mehrere Male zurück (XNA, 4.5.97).

Auch die OAU wurde von Li Peng - wie seit vielen Jahren üblich - in höchsten Tönen gepriesen. In der Tat kann man es den Chinesen glauben, daß sie gerne eine großafrikanische Einheit sähen, die ja sogleich antihegemonistische Qualitäten entfalte!

Nicht zuletzt aber tauchte auch immer wieder die Formel auf, daß die besuchten Länder weiterhin an ihrer „Ein-China-Politik“ festhalten wollten (XNA, 11.5. und 13.5.97).

Die afrikanische Seite ist sich durchaus bewußt, daß chinesische Entwicklungshilfeleistungen meist eher den Charakter von Gesten, als von wirklicher substantieller Unterstützung haben. Lediglich Zambia und Tanzania haben bisher erfahren dürfen, daß die chinesische Hilfe etwa ähnliches materielles Gewicht hat wie es bei der Unterstützung aus vielen westlichen Ländern der Fall ist.

Sie schätzen an China aber, wie sie zumindest betonen, dessen guten Willen und nicht zuletzt die Tatsache, daß China den Afrikanern auch psychologisch immer wieder unter die Arme gegriffen und „ihre Fähigkeit sowie ihr Selbsthilfeträumen bestärkt hat“ (so der zambische Präsident Chiluba am 5. Mai, XNA, 7.5.97).

Der heikle Fall DR Kongo

Daß ein Land wie Kongo/Zaire, das sich inzwischen „Demokratische Republik Kongo“ nennt, nicht auf der Besuchliste Li Pengs stand, ist angesichts der monatelangen kriegerischen Auseinandersetzungen, die dieses Land 1996/97 heimgesucht haben, fast selbstverständlich. Während der heißen Phase des Zaire-Konflikts hatte sich die VR China still im Hintergrund gehalten und jegliche Stellungnahme vermieden. Kaum aber war der neue Staatschef Kabila an die Macht gelangt, hatte die VR China auch schon alle Hebel in Bewegung gesetzt, um Taiwan nicht zum Zuge kommen zu lassen. Mittlerweile scheint es seine Ziele erreicht zu haben: am 11. Juni hatte der VRCh-

Botschafter in der DR Kongo, Huang Shijiao, Gelegenheit, mit dem neuen Staatspräsidenten Laurent-Desiré Kabila ein 45-minütiges Gespräch zu führen, bei dem der neue „starke Mann“ des Landes versprach, „gute Beziehungen mit China“ pflegen zu wollen (XNA, 12.6.97).

Ob Beijing sich auf dieses Versprechen verlassen kann? In der VR China scheint man dies anzunehmen; zeigt doch die Erfahrung, daß Taiabei sich nur bei kleineren Staaten des Kontinents „einkaufen“ kann, daß die großen aber nolens volens bei Beijing bleiben. -we-

Innenpolitik

4 Modernisierung der Steuerverwaltung: Neue Methoden und Technologien

Die Durchsetzung der umfassenden Reformen des Steuersystems, die in den Jahren 1993 und 1994 eingeleitet wurden, wird durch die Rückständigkeit der chinesischen Steuerverwaltung mit ihren rund 600.000 Mitarbeitern behindert: Steuerhinterziehung, Rechnungs- und Bilanzmanipulationen sowie Bestechung von Finanzbeamten sind zu einer Praxis geworden, der die Steuerbehörden kaum Herr werden können. Deshalb gehört die Reform der Steuerverwaltung in China (wie auch in vielen postkommunistischen Staaten und Entwicklungsländern) zu den Schwerpunkten der allgemeinen Reorganisation und Modernisierung der öffentlichen Verwaltung.

Drei Maßnahmen können die Anstrengungen illustrieren, die von den chinesischen Steuerbehörden mit regional sehr unterschiedlicher Energie unternommen werden:

* In den Küstenregionen sind viele Steuerbehörden von der alten, wenig effektiven und korruptionsanfälligen Methode abgekommen, die Steuern bei Ortsterminen in Betrieben und Haushalten unmittelbar einzufordern. Statt dessen nehmen die Behörden inzwischen häufig einseitig eine Schätzung der Einkünfte vor, um dann die Steuerschuldner zu einem Termin in der Behörde vorzuladen. Wer nicht erscheint und seine Steuerschuld begleicht, muß mit